

Gefährlich und teuer

Für die CDU ist die Atomkraft »Ökoenergie«. Gemeinsam mit den Stromkonzernen fordert sie längere Laufzeiten für die deutschen AKW, einzelne CDU- und CSU-Politiker plädieren gar für den Neubau von Reaktoren. Mit der Atomkraft soll jetzt angeblich das Klima geschützt, eine konstruierte Stromlücke verhindert und dazu noch der Strompreis gesenkt werden. Ein Blick hinter die Kulissen der verlogenen »neuen« Atomdiskussion.

Für die Konzerne geht es um die Fortsetzung ihrer Gewinne, die sie mit den alten abgeschrieben Atomkraftwerken erwirtschaften (bis zu 300 Mio. Euro pro AKW und Jahr). Und um sonst nichts. Nach wie vor besteht das Risiko eines schweren Unfalls, und je älter die Kraftwerke werden, desto pannenanfälliger sind sie. Die AKW sind schlecht gegen Terrorangriffe oder andere Einwirkungen von außen geschützt. AKW strahlen im Normalbetrieb und verursachen Krebs bei Kindern (siehe Nebenseite). Und für den hochradioaktiven Atom Müll gibt es weltweit keine Lösung.

Atomkraft schützt das Klima nicht

Erstens: Die Atomkraft ist nicht CO₂-frei – sie ist klimaschädlicher als etwa die Windenergie oder die Wasserkraft. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie geht als ungenutzte Abwärme verloren. Und diese Bilanz wird sich in den nächsten Jahren weiter zu Lasten der Atomkraft wenden. Die erneuerbaren Energien werden immer effizienter. Dagegen wird das Uran künftig in größerer Tiefe gefördert werden müssen.

Der Atomausstieg und die deutschen Klimaschutzziele passen zusammen. Das haben Studien im Auftrag der Bundesregierung bestätigt. International vertritt dies auch Kanzlerin Merkel: Die Atomkraft sei nicht der entscheidende Faktor beim Klimaschutz, erklärte sie beim G8-Gipfel in Japan. Den Konzernen geht es nicht um Klimaschutz. Denn was ist vom Klimaengagement von Unternehmen zu halten, die fast 30 neue deutsche Kohlekraftwerke bauen wollen – und damit den Klimaschutz langfristig unmöglich machen würden?

Zweitens: Längere Laufzeiten der AKW führen nicht zu sinkenden Strompreisen. Seit Jahren sind 17 Reaktoren am Netz, ohne dass dies zu einem niedrigen Strom-

preis geführt hätte. Daran wird sich nichts ändern, nur weil die Meiler länger laufen dürfen. Nach Berechnungen des Öko-Instituts spart ein durchschnittlicher Haushalt durch Verschieben des Ausstiegs gerade einmal 12 bis 50 Cent im

Monat beim Strom. Wer eine einzige 60-Watt-Glühbirne durch eine Energiesparlampe ersetzt, entlastet seinen Haushalt mehr als die längere Laufzeiten für deutsche AKWs tun würden.

Sinken werden die Strompreise nur bei echtem Wettbewerb und reduzierten Konzerngewinnen. Der Atomstrom kann ja nur so billig erzeugt werden, weil die Stromkonzerne die Kosten des Atomstroms nicht in vollem Umfang selbst tragen. Die Schäden, die ein Unfall verursachen kann, sind nur zu einem Bruchteil versichert. Bei voller Haftung wäre die Prämie

so hoch, dass der Atomstrom unrentabel würde.

Drittens: Es droht in Deutschland keine Stromlücke. Die wegfallenden Atomkraftwerke können durch den Ausbau der erneuerbaren Energien ersetzt werden. 2007 wurden noch 22% des verbrauchten Stroms von AKW erzeugt. Im Jahr 2020 werden die erneuerbaren Energien mit über 30% sehr viel mehr beisteuern. Selbst als letztes Jahr mehrere Atomkraftwerke über Monate nicht am Netz waren, hat Deutschland in der Gesamtbilanz noch immer den Strom aus zwei Atomkraftwerken exportiert.

Thorben Becker

... leitet das BUND-Referat Energiepolitik.





Das AKW Biblis liegt in Südhessen und wird von RWE betrieben.

pixelio.de/Dirk Schmidt

AKW und Leukämiefälle bei Kindern

Willkürliche Grenzwerte

Ende letzten Jahres belegte die Studie des Deutschen Kinderkrebsregisters in Mainz, dass im Umfeld deutscher Atomkraftwerke deutlich mehr Kinder an Krebs erkrankten. Hier der Auszug einer Rede von Winfried Eisenberg, der gemeinsam mit dem BUND und 118 Kinder- und Jugendärzten im Frühjahr mit einem öffentlichen Appell über die Dramatik der Situation informierte.

Vor bald 22 Jahren, im Mai 1986, einige Tage nach der Tschernobyl-Katastrophe, wurden wir Kinderärzte tagein tagaus von Schwangeren und Eltern kleiner Kinder gefragt, was man tun könne. Wir waren genauso hilflos wie alle anderen. Einmal freigesetzte Radioaktivität kann von keinem Politiker und von keinem Strahlenschutzbeauftragten zurückgerufen werden. Sie erinnern sich: Kinder sollten damals möglichst im Haus bleiben, keine frische Milch trinken, nicht im Sandkasten spielen. Es war Konsens, dass Kinder besonders geschützt werden müssten, weil sie viel strahlenempfindlicher als Erwachsene sind. Elterninitiativen schossen allerorten wie Pilze aus dem Boden. Dieses Kenntnis hat sich aber in den Strahlenschutzverordnungen und in den Bestimmungen über »erlaubte« Emissionen aus den Atomkraftwerken bisher nicht niedergeschlagen. Die üblichen »Grenzwerte« sind willkürlich und legen fest, welche Strahlendosen ein gesunder Erwachsener zu vertragen habe. Von der Berücksichtigung der Kinder, geschweige denn der Embryonen und Föten keine Spur. Das muss sich ändern!

Ich will nun versuchen, die Ursachen der besonderen Strahlensensibilität der Kinder zu beschreiben. Die Altmeisterin auf diesem Gebiet, die britische Epidemiologin Alice Stewart, hat schon vor Tschernobyl auf die besondere Verletzbarkeit des kindlichen Organismus hingewiesen; sie hat zum Beispiel die Verdopplungsdosis für Leukämie in Abhängigkeit vom Lebensalter dargestellt, das heißt die Strahlendosis, die eine Verdopplung der normalerweise auftretenden Leukämieerkrankungen bewirkt. Die entsprechende Kurve zeigt, dass Embryonen und Föten diese Verdopplung schon bei minimaler Bestrahlung erleiden, wäh-

Was der BUND dazu sagt

Die Studie zeigt, dass die Zahl der Krebserkrankungen von Säuglingen und Kindern mit der Nähe des Wohnortes zum Atomkraftwerk ansteigt. Fast die Hälfte der Kinder im Radius von fünf Kilometern dürfte aufgrund des nahen Reaktors erkrankt sein. Von 1980 bis 2003 erkrankten in Deutschland demnach zwischen 121 und 275 Säuglinge und Kleinkinder zusätzlich an Krebs. Dafür, dass andere Faktoren als Ursache in Betracht kommen, gibt es keine Hinweise. Die radioaktiven Emissionen der Reaktoren sind die einzig plausible Erklärung. Die Studie zeigt also, dass Atomkraftwerke bereits im »Normalbetrieb« eine Gefahr darstellen. Nun müssen Fachleute rasch und öffentlich klären, wie dieses Fazit mit der Strahlenbiologie in Einklang zu bringen ist. Vor allem aber muss schnell gehandelt werden. Es kann nicht sein, dass unsere Atomkraftwerke einfach weiterlaufen und -strahlen, als wäre nichts gewesen. Das Gesundheitsrisiko ist ein akuter Grund, alle Reaktoren sofort stillzulegen. Der BUND fordert zudem, dass die Stromkonzerne jene Familien finanziell entschädigen, die mit ihren Kindern nicht länger in der Nähe von Atomkraftwerken wohnen wollen.



Der vollständige Redetext von Winfried Eisenberg ist dokumentiert unter www.ippnw.de/presse/reden/atomenergie.

rend die Verdopplungsdosis nach der Geburt kontinuierlich langsam ansteigt. Mit anderen Worten: Ein Embryo ist um ein Vielfaches strahlensensibler als ein Fötus, dieser wieder hochgradig empfindlicher als ein neugeborenes Kind, dieses wiederum verletzbarer als ein älterer Säugling (...).

Wenn Gezeitenwerke für Imagezwecke missbraucht werden, schlagen Grünwäscher Wellen ...



Pelamis

Hintergrundbericht

Die Grünwäscher

Öko-Kampagnen, PR-trächtige Einzelprojekte und Tarnvereine – wie die Atomindustrie versucht, sich ein Saubermann-Image zu verpassen.

Energieunternehmen versuchen sich verstärkt als Öko-Aktivisten zu verkaufen. »Greenwashing« heißt diese Strategie, die Kohle- und Kernkraftwerksbetreibern einen grünen Anstrich verleihen soll. Grünes Bewusstsein ist im Trend bei Kunden und Politikern – und die entscheiden, wann die Kraftwerke abgeschaltet werden. Darum versuchen RWE, Vattenfall oder EnBW glauben zu machen, sie engagierten sich für Zukunftsenergie aus Wasser, Wind und Sonne. Ihre Botschaft: Macht euch keine Sorgen, wir kümmern uns!

Dafür setzen die selbst ernannten Umweltaktivisten auf Sprache und Motive, die lange Zeit nur die Umweltbewegung verwendete: Vattenfall spricht von »Nachhaltigkeit«, und EnBW wirbt mit den efeuunkranken Kühltürmen des AKWs Neckarwestheim, die zwischen grünen Grashalmen stehen – leider nur in der Fotomontage. Noch ein Stück weiter geht der Energiekonzern E.on. Im letzten Jahr schaltete das Düsseldorfer Unternehmen Werbespots, in denen ein junger Mann an der englischen Küste begeistert von den Vorzügen des neuen E.on-Gezeitenkraftwerks schwärmt, das Strom aus Wasserkraft produzieren könne: »Man sieht es nicht, man hört es nicht.« Das Problem ist: Es gibt es auch nicht. Potenziellen E.on-Kunden wurde suggeriert, sie könnten Wasserstrom erwerben. Selbst wenn das Kraftwerk einmal in Betrieb gehen würde, könnten mit seiner Leistung gerade einmal 5000 Haushalte bedient werden. Dass E.on nur elf Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt und 11 der 13 deutschen Atomkraftwerke (mit)betreibt, verschwieg der rote Riese in seiner Kampagne natürlich.

Die radikalste Form des Grünfärbens ist jedoch die Gründung von Schein-Bürgerinitiativen. Sie kommen wie echte Graswurzel-Gruppen daher, werden aber

von der Industrie unterstützt. Damit klauen sich Unternehmen die Glaubwürdigkeit von Umweltgruppen. So geschehen an der deutsch-französischen Grenze: Bis 2007 propagierte der Tarnverein »Au fil du Rhin« mit Infoständen, Veranstaltungen und Broschüren, dass allein Atomkraft die »Flora und Fauna des Rheintals bewahre«. Hinter der Initiative standen die Betreiber des AKW Fessenheim, die Konzerne EDF und EnBW.

Ähnlich agiert auch der Verein »Bürger für Technik« aus Marl. Er gibt vor, ein Bildungsverein zu sein, der Jugendliche fit in Naturwissenschaften machen möchte. Die 100 Mitglieder halten Vorträge in Schulen und Hochschulen und setzen Wikipedia-Beiträge zum Thema Atomkraft auf. Schaut man hinter die Kulissen des Vereins, offenbaren sich viele Parallelen zum Deutschen Atomforum. Zwei führende Mitglieder der Technikbürger leiten gleichzeitig die Gruppe »Nutzen der Kerntechnik« in der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) – der Personenvereinigung des Deutschen Atomforums. In einem internen Papier, das dem BUNDmagazin vorliegt, heißt es: »Wir haben uns ursprünglich in der KTG-Fachgruppe 'Nutzen der Kerntechnik' zusammengefunden [...]. Um unseren Wirkungskreis auch neutral zu erweitern, haben wir die lose Vereinigung 'Bürger für Technik' gegründet [...]. Die Ziele beider Gruppen sind identisch.« Die »Bürger für Technik« und die KTG bestreiten einen direkten finanziellen Zusammenhang ihrer Aktivitäten. Doch merkwürdigerweise gehen Spenden an beide Organisationen auf ein und dasselbe Konto ...

Christian Fuchs

... ist freier Autor u. a. für die »Zeit« und die Süddeutsche Zeitung.

Tipp
Friends of the Earth Europe hat eine Kampagne gegen Grünfärber gestartet. Die übelsten wurden 2007 zum »Worst EU Greenwasher« gekürt. Mehr dazu unter:
www.foeeurope.org/corporates/greenwash/

Mineralwasser – nein danke!

Auch unter BUND-Mitgliedern wird es gang und gäbe sein: der teure Griff zum Mineralwasser. Man meint sich etwas Gutes zu tun – und schadet letztlich seiner Umwelt.

Das Geschäft mit dem sprudelnden Nass boomt. Statt bestem Wasser aus dem Hahn trinken auch wir Deutschen immer mehr Evian, Vittel oder Gerolsteiner. Multis wie Nestlé oder Danone haben es längst geschafft, Europäer und Amerikaner an die teure Flasche zu bringen. Obwohl knapp die Hälfte des globalen Angebots lediglich verarbeitetes Leitungswasser ist, bezahlen viele Phantasiepreise dafür. So bietet das Berliner »Adlon« für 124 Euro einen Liter des Edelwassers »Rokko No Mizu« aus Japan an. Wie viele andere Premiumsorten wird es aus Übersee eingeflogen.

1973 lag der durchschnittliche deutsche Jahresverbrauch noch bei 14 Litern. Bis 2005 stieg er auf 128 Liter – und wächst weiter. Dieser Boom verdankt sich dem unverdient schlechten Image des Trinkwassers aus der Leitung. Flaschenwasser dagegen verspricht Jugend und Fitness und ist ein Produkt mit lukrativer Gewinnspanne – vor allem in den Schwellenländern, wo die Menschen kein trinkbares Leitungswasser erhalten. Wen wundert es, dass manche Unternehmen dezidiert daran interessiert sind, dass die Wasserversorgung in vielen Regionen mangelhaft bleibt?

Das meistverkaufte Mineralwasser gehört übrigens dem Lebensmittelmulti Danone. Mit einem Weltmarktanteil von 13% verdrängte er 2001 den Konkurrenten Nestlé vom ersten Platz.

Warum Mineralwasser?

Wesentlich für den Kauf von Flaschenwasser ist offenbar die Sorge um die Güte des Leitungswassers. Wer also teures Mineralwasser verkaufen will, verunsichert am besten die Nutzer von Leitungswasser und sät mehr oder minder offen Zweifel an seiner Qualität. Genau deshalb starteten bereits 1996 die Stadtwerke München – unterstützt vom Bund Naturschutz in Bayern – eine Kampagne für ihr Leitungswasser und legten sich bewusst mit dem Verband der Mineralwasserindustrie an. In Anzeigen und auf großformatigen Plakaten hieß es: »Hängen Sie noch an der Flasche? Wir liefern Ihnen frisches Quellwasser direkt ins Haus, den Kasten für 1,7 Pfennige. Zapfen Sie selbst!«

Der Mineralwasserverband wollte einen Stopp der »irreführenden, diskriminierenden und wettbewerbswidrigen Kampagne« erzwingen. Doch der Chef der Münchner Wasserwerke setzte noch eins drauf: »Unsere Botschaft ist: Wasserschleppen überflüssig! Unser Wasser ist besser als das der Mineralbrunnenindustrie.«

Und das gilt bis heute. Denn was aus dem Wasserhahn sprudelt, ist – anders als sein Ruf – unser bestkontrolliertes Lebensmittel. Leitungswasser enthält alles Lebensnotwendige. Zusätze (wie sie die Mineral-



Jürgen Acker/Pixelio.de

wasserindustrie bewirbt) sind in aller Regel ganz irrelevant. Vorsicht beim Trinken von Leitungswasser ist hierzulande nur bei alten Rohrleitungen geboten, die Blei oder Kupfer enthalten. Im Zweifelsfall empfiehlt der BUND, das eigene Leitungswasser testen zu lassen – zum Beispiel vom örtlichen Wasserversorger. Bis Sie Gewissheit haben, sollten Sie (nach längerer Standzeit des Wassers) die ersten Liter aus dem Hahn zum Blumengießen verwenden. Etwaige Anreicherungen von Schwermetall sind dann größtenteils ausgespült.

Der Boykott von Mineralwasser empfiehlt sich auch wegen seiner verheerenden Energiebilanz: durch Aufbereitung, Abfüllung, Flaschenwäsche, Transport und Rücktransport der Flaschen – oft quer durch ganz Europa – oder durch umweltschädliche Einweggebinde.

Gesundes Trinkwasser braucht unbelastete Gewässer. Der von der EU geforderte »gute Zustand aller Gewässer bis zum Jahr 2015« umfasst das Grundwasser genauso wie alle Fließgewässer und stehenden Gewässer. Der dafür nötige flächendeckende Gewässerschutz muss unsere Sorge für die Zukunft sein. Und er sollte auch im Interesse der Brunnenindustrie liegen.

Sebastian Schönauer

Der Autor
... ist Sprecher des
BUND-Arbeits-
kreises Wasser.